

BERLIN

SPD

Abteilung Wilmersdorf Süd

Der rote Wilmersdorfer Süden

Februar 2019



Inhalt:

- Auf ein Wort
- Berichte über die Mitgliederversammlungen am 8. Januar 2019 und 12. Februar 2019
- Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus
- Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung
- #EuropaistdieAntwort – Der Europawahlkampf steht vor der Tür
- Termine und Impressum

Auf ein Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir hatten mit unserer Partei wieder einen schwierigen Start in das neue Jahr. Obwohl die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung im vergangenen Jahr eine konzentrierte und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auch zielgerichtete Arbeit geleistet haben, hat dies nicht seinen Niederschlag in den Umfragewerten getätigt. Nach CDU/CSU und Grünen lag die SPD bei den Umfragen Anfang des Jahres fast gleichauf mit der AfD. Auch in Berlin sah die Situation nicht günstig aus, zumal sich hier auch noch die Linke nach den Umfragen stark zeigt.

Mit den Ergebnissen der Vorstandsklausur des SPD Bundesvorstands von Anfang Februar 2019 zur Sozialpolitik und den Vorschlägen des Sozialministers Hubertus Heil scheint die SPD jedoch den Nerv der Menschen getroffen zu haben; denn seit langem konnte die SPD bei den Umfragen wieder zulegen und liegt – wenn auch mit deutlichem Abstand – wieder auf dem zweiten Platz. Ich will hoffen, dass dieser Trend anhält und auch durch die klare Positionierung wieder der Markenkern unserer SPD sichtbar wird. Dies ist auch dringend erforderlich, stehen doch in diesem Jahr mit der Wahl zum Europäischen Parlament und zu den Landtagen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen richtungsweisende Wahlen an, bei denen es gilt, auch ein Erstarken der AfD zu verhindern.

In Berlin ist neben der Sicherheitspolitik das Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ allumfassend beherrschend. Hier geht es darum, einerseits Wohnraum durch Neubau zu schaffen, andererseits aber auch den Bestand an bezahlbarem Wohnraum, z.B. durch Ankauf durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu erhöhen. Außerdem müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Mietpreisentwicklung in Berlin zu stoppen. Skeptisch und rechtlich problematisch sehe ich aber die Initiative zur Enteignung der Deutschen Wohnen. Insgesamt ist natürlich das Verhalten der Deutschen Wohnen auch in unserem Abteilungsbereich und in meinem Wahlkreis von großer Bedeutung, da es hier „Rund um den Rüdeshheimer Platz“ einen großen Wohnbestand der Deutschen Wohnen gibt. Erfreulich war es daher, dass unsere Mitgliederversammlung im Januar, auf der Daniel Buchholz zum Thema „Wohnungspolitik“ referiert hat, sehr gut besucht war. Der Bericht über diese Mitgliederversammlung ist in diesem RWS ebenso enthalten, wie der Bericht über die Februar-Mitgliederversammlung zum Thema „Bildungspolitik“.

In unseren Mitgliederversammlungen werden wir auch weiterhin interessante Landes- und Bezirksthemen behandeln. Im März befassen wir uns mit der Initiative Breitenbachplatz, deren Ergebnisse auch unmittelbare Auswirkungen auf unseren Abteilungsbereich haben.

Im April wollen wir auf einer Mitgliederversammlung schwerpunktmäßig die Verbesserung unserer Arbeitsweise behandeln und ich lade Euch daher schon jetzt dazu ein, mit Euren Vorschlägen und Vorstellungen mitzuwirken. Bereits jetzt haben wir den RWS ein wenig umgestaltet und hoffen, dass er Euren Vorstellungen entspricht.

Politische Arbeit kostet Geld. Dies benötigen wir nicht nur für das jährliche Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz, sondern auch für die vielfältigen anderen Aktivitäten. Der Abteilungsanteil der Mitgliederbeiträge ist dabei nur ein Teil; ein weiterer wichtiger Teil sind die Spenden unserer Mitglieder. Besonders die Spenden, die unmittelbar an unsere Abteilung gehen, sind dabei sehr hilfreich, weil uns dieses Geld dann vollumfänglich zur Verfügung steht. Deshalb bitten wir um Eure Spende; jeder Beitrag ist dabei hilfreich. Unser Abteilungskonto werden wir daher regelmäßig im RWS abdrucken.

Herzlichst
Euer
Florian Dörstelmann
Abteilungsvorsitzender

Bericht über die Mitgliederversammlung am 8. Januar 2019

„Stadtentwicklung, Mieten, Wohnen – wird Berlin unbezahlbar?“ – Referent: Daniel Buchholz, MdA, Sprecher für Stadtentwicklung, Umwelt, Klimaschutz der SPD-Fraktion

Zu Beginn seines engagierten und sehr fundierten Referates berichtete Daniel Buchholz über aktuelle eigene Erfahrungen, die er durch die vermietetseitigen Kündigungen seiner Wohnung und seines Wahlkreisbüros gemacht hat und zeigte dabei auch die Schwierigkeiten auf, die einerseits aufgrund enormer Mietpreissteigerungen sowie Geltendmachung von Eigenbedarf durch die bisherigen Vermieter und andererseits bei dem Finden neuen bezahlbaren Wohnraumes auftreten.

Weiter beschrieb Daniel Buchholz die Entwicklung und Situation auf dem Bau- und Wohnungsmarkt in Berlin. Bis zum Jahr 2010 hat es in Berlin einen größeren Wohnungsleerstand gegeben, der auch dazu führte, dass weder Private noch die öffentliche Hand große Bauvorhaben veranlasst haben. Ab dem Jahr 2011 hat sich die Situation durch den jährlichen Zuzug von 40.000 Menschen nach Berlin dramatisch verändert. Erschwert wird dieser Umstand dadurch, dass in den Behörden Personal abgebaut wurde und es heute schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Durch den nunmehr zwingend notwendigen Wohnungsneubau hat sich aber in den letzten Jahren der Preis für Grund und Boden drastisch erhöht.

Das Land Berlin versucht mit geeigneten Maßnahmen gegenzusteuern. In zwischenzeitlich 54 Milieuschutzgebieten profitieren ca. 800.000 Menschen davon, dass der jeweilige Bezirk in diesen Gebieten eine engere Aufsicht über die Wohnungen und somit auch Einfluss auf die Modernisierungsmaßnahmen und damit Mietpreisentwicklung haben. Im Bestand der gegenwärtig 7 städtischen Wohnungsbaugesellschaften befinden sich 300.000 Wohnungen. Für diese gibt es die Vorgabe, dass die Mietsteigerungen pro Jahr maximal 2% betragen dürfen, bei Modernisierungsmaßnahmen maximal 6%. Außerdem werden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften verpflichtet, sozialverträglichen und bezahlbaren

Wohnraum zu bauen. Ebenso werden die gemeinwohlorientierten Genossenschaften unterstützt, z.B. durch die Übertragung von 20 Grundstücken.

Intensiv ging Daniel Buchholz auf das auch von den Linken unterstützte Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ und dem Slogan der Linken „Wir kaufen uns die Stadt zurück“ ein. Dieses Thema trifft in seiner Pauschalität den Nerv der Menschen in unserer Stadt, da Viele Angst haben, im Verhältnis zu ihrem Einkommen bezahlbaren Wohnraum zu erhalten bzw. zu behalten. In einer Befragung in Berlin haben grundsätzlich 72% der Befragten Zustimmung zu diesem Vorhaben geäußert. Obwohl Daniel Buchholz die Ziele unterstützt und ein Stoppen spekulationsorientiertes Vermieten forderte, sieht er das Volksbegehren kritisch, zumal sich hier grundrechtliche, aber auch finanzielle Probleme ergeben.

Daniel Buchholz forderte vielmehr einen massiven Neubau, eine intensive Lückenbebauung – auch wenn die Nachbarn immer dagegen sind – sowie die Umsetzung des neuen Baurechts, nach dem – ähnlich wie in München, Frankfurt und Hamburg – 30% der Wohnungen im bezahlbaren sozialen Wohnungsbau errichtet werden müssen. Für diese gibt es eine Förderung von 30.000 € pro Wohnung sowie eine Belegungs- und Mietpreisbindung für 30 Jahre. Außerdem ist auch eine kooperative Baulandentwicklung zwischen dem Land und Privaten erforderlich. Diese funktioniert außer in Spandau, wo es der zuständige CDU Baustadtrat ablehnt, in den übrigen 11 Berliner Bezirken.

Weiter forderte er auch innovative Lösungen, z.B. die mögliche Deckelung der Teile der Stadtautobahn bzw. die Überbauung von Supermärkten. Für 70 Supermärkte gibt es bereits entsprechende Planungen.

Als Problem wies Daniel Buchholz auf den Anteil der Eigenbedarfskündigungen, aber auch auf den Bau von flächenmäßig sehr kleinen Wohnungen, die z.T. mit einer Kaltmiete von 20 € pro qm angeboten werden, hin.

Auf rechtlicher Ebene schöpft Berlin alle landesrechtlichen Möglichkeiten aus. Hierzu gehören das Umwandlungsverbot, das Zweckentfremdungsverbot (8.000 Wohnungen wurden bereits dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung gestellt) sowie das Wohnungsaufsichtsgesetz, das Wohnungsleerstand bekämpft. Eine Verschärfung des Mietrechts ist mit dem derzeitigen Koalitionspartner auf Bundesebene jedoch nicht möglich.

Insgesamt stellte Daniel Buchholz fest, dass die SPD zum Thema Mieten viel macht und anschiebt, zeigte sich jedoch auch skeptisch, ob dies ausreichen würde.

In der anschließenden Diskussion wurden die folgenden Punkte angesprochen:

- Die Verdrängung wurde noch vor 10 Jahren – auch von der SPD – negiert.
- Es muss noch einen stärkeren Bestandsausbau, z.B. durch Dachgeschossausbau geben
- Beim Neubau im Stadtraum müssen alle Potenziale erschlossen werden, z.B. durch einen Rückbau am Breitenbachplatz
- Entlastung durch Steigerung der Attraktivität des Umlandes, auch durch Verbesserung der Anbindung am ÖPNV

- Chancen der Neugestaltung des Siemens-Areals als große Chance für Berlin
- Nutzung vorhandener großer Freiflächen in Berlin wie das Tempelhofer Feld und die Elisabeth-Aue (Problem Klientelpolitik der Koalitionspartner)
- Wohnungskauf in der Karl-Marx-Allee als Ablenkungsmanöver der Linken, dass weniger als verabredet gebaut wird. Zudem wird bei dieser Aktion die Grunderwerbssteuer zweimal fällig
- Berücksichtigung der demografischen Entwicklung. Ältere Alleinstehende n großen Wohnungen suchen kleinere Wohnungen, im Gegenzug suchen junge Familien größere Wohnungen. Tausch ist im Regelfall nicht möglich, da dann die Altverträge entfallen und höhere Mieten gezahlt werden müssen. Städtische Wohnungsbaugesellschaften versuchen dies, allerdings ist es auch schwierig, weil viele ältere Menschen im Kiez wohnen bleiben wollen.
- Nutzung von Industrieflächen und Kleingärten zum Wohnungsbau. Dies wurde insgesamt kritisch gesehen. Allerdings wurde hier auch mehr Flexibilität gefordert.
- Förderung sozialgemischter Quartiere
- Bessere Steuerung der Wohnraumvergabe, auch für Hartz IV-Empfänger
- Auseinandersetzung mit der Problematik Wohnraum für Flüchtlinge vs. Wohnraum für Berlinerinnen und Berliner. Hier gab es den Hinweis, dass für die Flüchtlinge mit den Modulen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF) langlebige Häuser gebaut werden, die künftig auch für andere Bedarfsträger (Senioren, Studenten) genutzt werden können

Abschließend wies Daniel Buchholz darauf hin, dass Berlin traditionell mit gegenwärtig 85% Mietern die Mieterstadt in Deutschland ist und demzufolge das Thema „Mieten“ hier noch einmal einen besonders hohen Stellenwert einnimmt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die AfD zur Lösung dieses Problems fordert, jeder in Berlin solle eine Wohnung kaufen.

Bericht über die Mitgliederversammlung am 12. Februar 2019

Jahreshauptversammlung

In seinem Bericht machte der Vorsitzende Florian Dörstelmann eine Tour d'Horizon über die verschiedenen Themen des vergangenen Jahres, beginnend mit der Bundespolitik, die alles andere als zufriedenstellend war. Nahezu das gesamte Jahr war von der Situation in der Bundesregierung geprägt, die insbesondere ihren negativen Niederschlag bei der SPD gefunden hat. Dies drückt sich auch in den Umfrageergebnissen aus, und zwar sowohl im Bund als auch in den Ländern. In diesem Jahr stehen nicht nur die Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch Landtagswahlen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen an, bei denen insgesamt schlechte Ergebnisse für die SPD zu erwarten sind.

Deshalb begrüßte Florian Dörstelmann ausdrücklich, die Ergebnisse der SPD-Vorstandsklausur vom 10. Februar 2019, über die der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil den SPD-Landesvorstand am 11. Februar 2019 informiert hat. Mit der

Neuausrichtung des Sozialstaates soll auch eine klare Positionierung gegenüber der CDU vorgenommen werden.

Florian Dörstelmann bemängelte allerdings die fehlende Analyse zu den Gründen des großen Verlustes für die SPD in den Jahren 2015 bis 2018.

Im Mittelpunkt des weiteren Berichtes von Florian Dörstelmann stand dann die Situation in unserer Abteilung im vergangenen Jahr. Die Mitgliederentwicklung stagniert bei 206 Mitgliedern. Den doch erfreulichen Zugängen durch Neueintritte und Zuzüge stehen etwa in gleicher Höhe Austritte entgegen, die im Wesentlichen mit der Bundespolitik und auch mit der Eintrittswelle des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit dem Mitgliedervotum begründet sind.

Die Abteilungsarbeit und die gut besuchten Mitgliederversammlungen bewertete Florian Dörstelmann ebenso als erfreulich, wie die Zusammenarbeit mit seinem Bürgerbüro. Hier hob er insbesondere zu den Gewerbetreibenden sowohl um den Rüdeshheimer Platz als auch neu mit dem Schmargendorf Kiez e.V. Ebenfalls als positiv bewertete er die Zusammenarbeit mit den Nachbarabteilungen. Als feste Themen der Abteilungsarbeit haben sich das Kiez-Fest auf dem Rüdeshheimer Platz, die Kiez-Politik, in diesem Jahr im Juni mit Heike Schmitt-Schmelz und im November mit dem Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann sowie die Weihnachtsfeier für die Mitglieder etabliert.

Allerdings wird hier auch von den anwesenden Mitgliedern insgesamt noch Optimierungsbedarf gesehen. So wird die volle Finanzierung des Kiez-Festes durch den Kreis sowie eine noch stärkere Ansprache von verschiedenen Zielgruppen in der Abteilung (Frauen, junge Mitglieder) angestrebt. Auch sollen die Einladungen zu den Veranstaltungen professionalisiert werden.

Anschließend legte die Kassiererin Heidi Dümke den Kassen-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2018 vor, das erneut nahezu ausgeglichen abgeschlossen wurde. Der überwiegende Ausgabenanteil lag – wie in den vergangenen Jahren – wieder bei der Finanzierung des Kiez-Festes und konnte nur durch den Kreiszuschuss und Spenden von Mitgliedern bewältigt werden. Für weitere Aktivitäten der Abteilung bestand daher nur ein geringer Spielraum. Heidi Dümke wies daher auf die besondere Bedeutung von Spenden an die Abteilung hin, die voll in die Abteilungsarbeit einfließen können. Es wurde daher beschlossen, ab sofort in jedem RWS unser Abteilungskonto aufzuführen und um Spenden zu werben.

Für die Revisoren berichtete Hans-Georg Lange über die beanstandungsfreie Revision und empfahl daher die Entlastung des Vorstandes, die einstimmig vorgenommen wurde.

Sozialdemokratische Bildungspolitik – mehr als nur die Schulbauoffensive“ – Referentin: Melanie Kühnemann-Grunow, MdA

Zu einem weiteren Tageordnungspunkt referierte Melanie Kühnemann-Grunow über sozialdemokratische Bildungspolitik. Sie ist jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und ging zunächst auf die vom Senat und den Koalitionsfraktionen gestartete Schulbauoffensive in Berlin ein, die in den nächsten Jahren insgesamt 5,5 Mrd. Euro für Schulsanierung und -neubau vorsieht. Dies kann allerdings nur in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken umgesetzt werden.

Neben der Situation bei der Infrastruktur stellt die Lücke beim Fachkräftemangel an den Schulen ein großes Problem – allerdings nicht nur in Berlin – dar. So haben am Schuljahresbeginn in Berlin 1.000 Lehrkräfte an den Schulen gefehlt, was sich besonders negativ an den Brennpunktschulen auswirkt, da sich die neuen vollausgebildeten Lehrkräfte im Regelfall dort nicht bewerben. Hier muss unbedingt, z.B. durch Leistungszulagen, gegengesteuert werden.

Um die Lücken in den Schulen zu schließen stellt Berlin verstärkt Quereinsteiger/innen ein. Hierbei handelt es sich überwiegend um gute und engagierte Kräfte, die auch mit ihren anderweitigen Kompetenzen zu einer Bereicherung der Schullandschaft beitragen. Insgesamt ist festzustellen, dass in den vergangenen Jahren an den Schulen zu wenig Lehrer ausgebildet wurden und sich wegen der unterschiedlichen Bezahlungssituation in den Bundesländern ein Konkurrenzkampf ergeben hat, der sich für Berlin noch dadurch verstärkt, dass Berlin zwischenzeitlich das einzige Bundesland ist, in dem die Lehrer nicht verbeamtet werden. Zur Frage der Verbeamtung der Lehrer hat sich anschließend eine engagierte und kontroverse Diskussion ergeben.

Auch bei den Kitas, als ein Teil der Bildungseinrichtungen, gibt es ein großes Fachkräfteproblem, das u.a. mit der Verdienstsituation für das Erzieherpersonal zusammen hängt. Obwohl Berlin in den letzten Jahren 40.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen, den Betreuungsschlüssel verbessert und Beitragsfreiheit für die Kita eingeführt hat, gibt es ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit der Kita-Situation in Berlin. Hier gilt es nach Auffassung von Melanie Kühnemann-Grunow sowohl mit dem Gute-Kita-Gesetz als auch mit der Verbesserung der Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher gegenzusteuern. Sie unterstützt daher auch ausdrücklich die Forderungen der Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde und fordert zugleich auch eine Angleichung des TV-L an den TV-ÖD bei den Erzieherfachberufen. Erziehung ist für Melanie Kühnemann-Grunow aktive Bildungsarbeit.

In der anschließenden sehr engagierten und fachbezogenen Diskussion wurde auch auf Kant und Hegel Bezug genommen, die darauf verwiesen haben, dass der Mensch nur Mensch werden kann durch Erziehung und der Mensch, was er als Mensch sein soll, erst durch Bildung ist. Diese Maxime war auch immer Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik und ein Pfund, mit dem die SPD wuchern konnte. Dieses gilt es zurückzugewinnen.

Weitere Themen der Diskussion waren:

- Notwendige Verbesserung der Eingruppierung für Erzieherinnen und Erzieher

- Verbeamtung von Lehrern (Statusneid in den Lehrerzimmern)
- Umgang mit und Qualifizierung von Quereinsteigern im Schuldienst
- Situation der Hortbetreuung
- Schulbauinitiative als Herausforderung
- Furcht vor ungedeckten Schecks in der Bildungspolitik, die der SPD auf die Füße fallen können. Die SPD muss auch das liefern können, was sie verspricht.

Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Aus dem Abgeordnetenhaus und der Fraktion gibt es auch zu Beginn des neuen Jahres und nach zwei Plenarsitzungen bereits wieder vieles zu berichten. Ich möchte aber an dieser Stelle mit der Fraktionsklausur, die jeden Januar stattfindet und der Klausur zur thematischen Vorbereitung des Gesamtjahres dient, beginnen. Ende Januar tagte die Fraktion ein Wochenende in Rostock-Warnemünde. Mit Sicht auf Mole und Ostsee gab es ein breit gefächertes Spektrum an Themen, die bearbeitet werden sollten (und wurden). Zu Beginn aber war die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, die Genossin Manuela Schwesig, zu Gast, die es sich nicht hatte nehmen lassen, die Fraktion persönlich in ihrem Bundesland willkommen zu heißen. Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Schweriner Landtag, Thomas Krüger, begleitete sie und gemeinsam gaben sie der Fraktion einen Einblick in die Situation vor Ort und die Themen, die in einem Flächenland eine Rolle spielen – und die von den unseren in Berlin z. T. deutlich abweichen. Die zentrale Aussage war jedoch, dass das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern unter Führung der SPD in den vergangenen Jahren einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, was allgemein anerkannt wird.

Im weiteren Verlauf der Klausur behandelte die Fraktion wichtige Themen wie z. B. die Pflege, zu der unsere Senatorin Dilek Kolat vortrug und auch wichtige Bereiche des Themas Verkehr und Mobilität, bei dem wir uns vor allem mit der Situation der Fußgänger in unserer Stadt auseinandersetzten, auch um einen eigenen Schwerpunkt in der Mobilitätsdebatte zu benennen und zu zeigen, dass es bei der Verkehrswende nicht nur um Radverkehr gehen kann. Insgesamt war die Tagung sehr erfolgreich und das Rahmenprogramm, mit einem Besuch der MV Werft, ebenfalls sehr gelungen.

Zuvor hatte sich die Fraktion in ihrer regulären Sitzung Anfang Januar ebenfalls mit einem Verkehrsthema, speziell mit dem Zustand der BVG, befasst. Zu diesem Zweck war auch deren Chefin, Sigrid Nikutta, eingeladen worden und stand Rede und Antwort. Auch wenn sie kundig zu vielen Fragen Rede und Antwort stand, muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass auch einige Probleme im Raum stehen blieben. Das betraf sowohl die Beschaffung von neuen Fahrzeugen als auch den Zustand des Netzes und der Bahnhöfe. Die Opposition setzte das Thema in der folgenden Plenarsitzung als „aktuelle Stunde“ auf Platz eins der Tagesordnung und kritelte recht unsachlich am Umgang der SPD mit der BVG herum, ohne allzu viel Resonanz zu erzeugen. Es war ein gutes Beispiel für den Zustand der gesamten Opposition, in der die CDU ihrer beanspruchten Führungsrolle unverändert nicht

annähernd gerecht wird und die AfD ebenso unverändert kaum zu ansatzweise differenzierten Beiträgen in der Lage ist. Die kleinste Fraktion des Hauses, die der FDP, zeigt noch am ehesten den Willen und die Fähigkeit, differenziert mit Sachthemen umzugehen ist jedoch durch ihre personellen Ressourcen wie auch durch die thematische Einseitigkeit ihres Vorsitzenden stark eingeschränkt.

In der Februarsitzung kam es an gleicher Stelle zum Aufruf eines Themas der AfD-Fraktion, die unter Gebrauch von Begriffen wie „Säuberungen in Hohenschönhausen“ die Entlassung des dortigen Gedenkstättenleiters Dr. Hubertus Knabe im Jahr 2018 zu erörtern beantragte. Vorausgegangen war dem eine Diskussion zwischen den Oppositionsparteien in den vergangenen Wochen, die sich auf die mögliche Einsetzung eines entsprechenden Untersuchungsausschusses bezog. In der Debatte, in der die Antragstellerin nahtlos an ihre entgleisende Wortwahl anknüpfte war es für unsere Fraktion am parlamentarischen Geschäftsführer, zu entgegnen – eine Entgegnung, die man bei der AfD nicht so schnell vergessen dürfte und in der Torsten Schneider genauso deutlich wie auch in der gebotenen Härte darstellte, wie primitiv und geschichtsvergessen der Auftritt der AfD zu diesem Thema war. Bezeichnend war im weiteren Verlauf der Sitzung, dass die Opposition uneins über die Einrichtung eines solchen Untersuchungsausschusses war. Insbesondere die CDU, deren Landesvorsitzende zu den Hauptverantwortlichen des Vorgangs gehört, ist hier erkennbar auf Schlingerkurs, mal dafür, mal dagegen. Am Ende ist nun jedoch absehbar, dass ein solcher Ausschuss kommen wird, mit den Stimmen der CDU. Man darf an dieser Stelle ruhig spekulieren, ob diese Entscheidung auch dazu dienen soll, die Landesvorsitzende loszuwerden.

In derselben Sitzung hatten wir in namentlicher Abstimmung auch über einen Missbilligungsantrag der AfD gegen die Stadtentwicklungssenatorin, Frau Lompscher, zu entscheiden, in dem ihr von der Antragstellerin „Überforderung“ vorgeworfen wurde. Die Begründung in der Debatte fiel jedoch so schwach aus, dass selbst FDP und CDU nicht bereit waren, den Antrag zu unterstützen. So wehrte die Koalition den Antrag geschlossen ab, auch wenn es natürlich unverändert durchaus einen kritischen Blick auf das Ressort und die von dort vorgelegten Ergebnisse von unserer Seite gibt. Der Wohnungsneubau bleibt eine zentrale Forderung der SPD und die Linke ist hier in der Pflicht, den Koalitionsvertrag zu erfüllen.

Florian Dörstelmann, MdA

Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung

In der Januar-BVV hat die SPD-Fraktion weitere Anträge zum Thema „Schulwegsicherheit im Bezirk“ eingebracht, den Antrag „Sicheres Ankommen für Schulkinder an der Ceciliengrundschule“ sowie den Antrag „Pilotprojekt sicherer Schulweg im Bezirk“. Diese Anträge werden in den zuständigen Ausschüssen beraten.

Beschlossen worden ist ein Antrag der Grünen, der fordert, die Helgolandstraße als Spielstraße und verkehrsberuhigte Zone anzulegen.

Des Weiteren hat sich die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf in einer Resolution „Für Lehrkräfte mit Haltung“ gegen das „Denunziationsportal“ der AfD ausgesprochen. In unserer Großen Anfrage, die wir schon zur Dezember-BVV gestellt hatten, diskutierten wir zum Thema „Barrierefreier Bezirk- Wie inklusiv ist Charlottenburg-Wilmersdorf?“ Die Februar-BVV stand zunächst im Gedenken an den im Januar verstorbenen CDU-Sozialstadtrat Carsten Engelmann.

Inhaltlich beschäftigte sich die BVV mit vielen Beschlussempfehlungen aus den Ausschüssen. So sind u.a. Anträge der SPD-Fraktion zum Thema „Schulwegsicherheit auch in der Bauphase“, „Finanzielle Aufstockung der Mittel für die frühen Hilfen“ und „Überquerung der Bundesallee/Hildegardstraße für alle Fußgänger*innen ermöglichen“ beschlossen worden.

Des Weiteren ist zum Milieuschutz der Beschlussvorschlag des Ausschusses für Stadtentwicklung „LOR (lebenswertlich orientierte Räume) Binger Straße prüfen“ beschlossen worden. In dem Antrag wurde beschlossen, dass in das laufende Grobscreening-Verfahren zur Prüfung der Voraussetzungen für den Erlass sozialer Erhaltungsverordnungen der LOR Binger Straße mit aufzunehmen. Konkret geht es um den als sozialen Wohnungsbau errichteten Wohnkomplex zwischen Südwestkorso, Johannisberger, Rüdeshheimer und Lorcher Straße, der von einem dänischen Pensionsfonds gekauft worden ist.

Neu in die BVV haben wir als SPD-Fraktion die Anträge „Mehrgenerationenhäuser in das Fachvermögen Jugend/Familie/Bildung/Sport/Kultur übertragen“ sowie den Antrag „Öffentliches Straßenland dient nicht der Rentabilität von privaten Bauvorhaben“ eingebracht.

Constanze Röder

#EuropaistdieAntwort – Der Europawahlkampf steht vor der Tür

So langsam wird es ernst. Vom 23. Bis 26. Mai findet in der Europäischen Union die Europawahl statt und sie könnte kaum unter spannenderen Voraussetzungen stattfinden. Noch immer wissen wir nicht, wann und wie Großbritannien die EU verlässt und es ist die erste Europawahl nach der Flüchtlingskrise 2015 und dem merklichen Rechtsruck in Europa. Doch wie gestalten wir als SPD Berlin den so wichtigen Wahlkampf, um ein erfolgreiches Ergebnis für ein soziales und gerechtes Europa einzufahren?

Im Sommer 2018 wurde die Leiterin der Europapolitik des DGBs Gaby Bischoff auf dem Landesparteitag zur Spitzenkandidatin der SPD Berlin gewählt und ist seitdem in der ganzen Stadt unterwegs, um die Genossinnen und Genossen von Ihren Plänen von einem sozialeren und gerechteren Europa zu überzeugen und den Wahlkampf vorzubereiten.

Doch was möchte Gaby im Europaparlament erreichen:

- Mehr Europa wagen, z.B. mit gemeinsamen Zukunftsinvestitionen, einer gemeinschaftlicher Außen- & Flüchtlingspolitik
- Soziale Mindeststandards in der ganzen EU
- Stopp von Lohndumping in der EU
- Mehr Solidarität & Demokratie in der EU, u.a. durch die Stärkung des Europäischen Parlaments

Im Dezember hat die Bundespartei bei der Wahl der Europaliste den Wahlkampf eröffnet. Die Spitzenkandidatin der SPD auf Listenplatz 1 ist die Justizministerin Katarina Barley, Gaby hat den aussichtreichen Platz 9 auf der Liste.

Ebenfalls im Dezember wurde den Europawahlbeauftragten im Kurt-Schumacher-Haus das Wahlkampfkonzept der Berliner SPD vorgestellt. Unser Europawahlkampf soll auf drei thematischen Säulen stehen: Gaby Bischoff, Katarina Barley und der Kampf um Europa. Gaby und Katarina sollen durch ihre sympathischen Ausstrahlungen, ihre durch und durch europäischen Biographien und hohe Kompetenz zu europäischen Themen überzeugen. Der Kampf um Europa soll besonders betonen, wie wichtig diese Wahl für die Zukunft der EU ist, damit die Europäische Union nicht den rechten Populisten und Extremisten überlässt. Die Hauptkampagne wird unter dem Claim „We love Europe“ beworben werden.

Neben der Hauptkampagne wird es eine Registrierungskampagne geben, bei der insbesondere in Berlin lebende EU-Staatsbürger angesprochen werden sollen, damit diese von Ihrem Stimmrecht bei der EU-Wahl in Deutschland Gebrauch machen.

Am 1. Februar im Willy Brandt Haus wurden die Wahlkampfbeauftragten und Abteilungsvorsitzenden nochmals auf den bevorstehenden Wahlkampf eingeschworen. Hier wurden uns letzte Informationen zu den Werbemitteln und Veranstaltungen in den nächsten Monaten gegeben. Weitere Informationen zum Wahlkampf findet ihr unter: spd.berlin/europawahl

Wenn ihr Ideen und Anregungen habt, wie wir in unserer Abteilung den Europawahlkampf bestreiten wollen, dann bringt eure Ideen bei den nächsten Mitgliederversammlungen ein, insbesondere im März, wo wir ausführlich über das Thema Europa und die bevorstehende Wahl reden werden.

Felix Bürkholz

Termine und Impressum

Termine der Abteilung

Dienstag, 05.03.2019, 19.00 Uhr 19.30 Uhr	Abteilungsvorstand Mitgliederversammlung zum Thema: „Bürgerinitiative Breitenbachplatz“ – Referent: Ulrich Rosenbaum
Donnerstag, 07.03 2019, 17.00 Uhr	Rosenverteilung zum Frauentag, Treffpunkt: Bürgerbüro von Florian Dörstelmann
Dienstag, 19.03.2019, 19.00 Uhr	Jour Fixe
Dienstag, 02.04.2019, 19.00 Uhr 19.30 Uhr	Abteilungsvorstand Mitgliederversammlung zum Thema „Abteilungsarbeit“

Termine im Bürgerbüro Landauer Straße 8

Donnerstag, 14.03.2019, 19.00 Uhr Carla Maria Heinze liest aus ihrem Kriminalroman „Brandenburger Gold“. Anmeldung ist unter info@florian-doerstelmann.de erforderlich

Montag, 08.04.2019, 18.00-21.00 Uhr Workshop „Argumentationstraining gegen rassistische und rechtsextreme Sprüche“ – gemeinsam mit Franziska Becker, Anmeldungen bis zum 18. März 2019 unter info@florian-doerstelmann.de

Unser Spendenkonto:

SPD-Wilmersdorf-Süd
Berliner Sparkasse
IBAN: DE 93100500000910031525
BIC: BELADEVXXX

Impressum:

SPD Landesverband Berlin
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung 97
www.wilmersdorf-sued.de

Redaktion:

Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P)
Udo Rienaß

Bild und Layout

Felix Bürkholz